



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 163. Ratssitzung vom 15. September 2021

4356. 2020/38

Postulat der SVP-Fraktion vom 29.01.2020:

Härteres Durchgreifen bei Demonstrationen und Krawallen mit gewalttätigen Eskalationen und Sachbeschädigungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2154/2020):
Allein im ersten Halbjahr 2021 gab es trotz Lockdown mehrere gewalttätig verlaufene Demonstrationen und Krawalle mit Sachbeschädigungen und Angriffen auf Ordnungskräfte. Eine kleine Auswahl: am 13. Februar eine Corona-Demonstration, am 6. März eine Demonstration gegen das Burka-Verbot, am 19. März eine Klima-Demonstration, am 27. März wieder eine Corona-Demonstration, am 1. Mai der alljährliche 1.Mai-Krawall, am 21. Mai wieder eine Klima-Demonstration, am 26. Juli die Critical-Mass-Krawalle und die Velo-Demonstrationen auf der Hardbrücke mit massiver Verkehrsbehinderung, was Gewalt gegen Autofahrer ist. Ausserdem wird permanent das Vermummungsverbot verletzt. Auch hier tritt die Stadtregierung geltendes Recht mit Füßen. Gründe zu demonstrieren gibt es aus Sicht der linken Unzufriedenen und grünen Chaoten im Paradies Schweiz immer: Klima, Black Life Matters und andere Themen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Demonstrationen, sofern sie bewilligt sind, friedlich verlaufen und nicht stören. Leider ist die Polizei durch die politische Führung im Stadtrat dazu verurteilt, zuzuschauen und sich auf die sogenannte Verhältnismässigkeit zurückzuziehen. Auf Deutsch heisst das: Gewalt gegen die Polizei ist verhältnismässig, wenn aber ein Demonstrant ein bisschen böse angeschaut wird, ist das Staatsgewalt und unverhältnismässig. Ein verletzter Polizist läuft bei Ihnen unter Berufsrisiko, ein verletzter Demonstrant hingegen ist besonders schlimm und führt zu Ermittlungen gegen die Polizei. Diese verquere Ansicht hat seinen Ursprung in der Vergangenheit. In den 70er- und 80er-Jahren kämpften Sie als junge Bewegte noch gegen das Establishment und nahmen allerlei Themen zum Anlass, zu demonstrieren. Oft ging es aber auch gar nicht um das Thema, sondern einfach darum, wieder mal ein wenig prügeln zu können. Diese Tatsache hören Sie nicht gerne, weil es Ihr Bild der hehren Demonstrationskunst stört. Aus den damaligen Demonstrationen entstand auch der schwarze Block, der nur eins will: die linke Zerstörungswut in der Stadt auszuleben. Es handelt sich dabei um die Kinder der heutigen Stadträte. Die damaligen Themen sind heute Themen der Stadtpräsidentin: Staatskultur, Staatskunst, Staatsjugendarbeit und so weiter. Die Bewegung von damals ist das Establishment von heute und muss sich mit den heutigen Chaoten gut stellen. Das ist der Grund, weshalb nichts unternommen wird. Ihre Generation, die heute die Mehrheit im Stadtrat und dem linken Gemeinderat ausmacht, prügelte damals ebenfalls mit und wird heute in Sippenhaft genommen von ihren Nachfolgern. Es gilt «laissez-faire», weil man sich vielleicht insgeheim freut, dass Ihre Saat so schön aufging. Damals skandierte man*



2 / 4

noch «Macht aus dem Staat Gurkensalat», heute repräsentieren Sie diesen Staat. Leidtragende sind die Bürger, die Gewebetreibenden und die friedlichen und hart arbeitenden Jugendlichen in einer Lehre. SP-Politik für alle statt für wenige ist ein Hohn. Es ist wie immer: Von links kommt eine Politik für wenige, unter der aber alle zu leiden haben. Die ganze Welt ist klar der Meinung, dass der ehemalige Präsident der USA Donald Trump für den Sturm auf das Capitol verantwortlich ist – wenn auch nicht direkt, so doch politisch – und er dafür haftbar gemacht werden soll. In unserer Stadt geschieht ähnliches und niemand steht gegen diese Gewalt auf. Es ist interessant, dass Pazifisten und Gewaltgegner heute in der SVP sind. Der Stadtrat ist persönlich und politisch haftbar zu machen für die Demonstrationen mit Verletzten und Sachbeschädigungen. Sie können von Glück reden, dass es keine Toten gab. Dazu wird es aber über kurz oder lang kommen. Wehret den Anfängen. Ich fordere Sie auf, Ihre Verantwortung als gewählte Stadtratsmitglieder wahrzunehmen oder zurückzutreten. Das wäre eine verantwortungsvolle Haltung von Politikern, die versagen. Dazu kommt die an Vetternwirtschaft grenzende Praxis mit den Bewilligungen. Demonstrationen von linken Chaoten werden regelmässig bewilligt, andere Demonstrationen mit gemässigten Anliegen oft abgelehnt – vor allem wenn das Thema der linken Herrscherklasse nicht passt. Wir fordern vom Stadtrat, dass er geltendes Recht durchsetzt und die Bewilligungspraxis für alle gleich handhabt. Demonstrationen, bei denen ein gewaltbereiter Mob im Vornherein absehbar ist, sind grundsätzlich abzulehnen. Wenigstens eine Zeit lang sollten Demonstrationen, bei denen es erfahrungsgemäss zu Ausschreitungen kommt, als Warnung nicht bewilligt werden. Da es im Moment sowieso modern ist, Versuche zu machen, könnte man auch versuchsweise den 1. Mai verbieten. Die heutige Situation ist klar ein Politikversagen von linken und grünen Stadträten. Das Postulat ist ein klares Zeichen gegen Gewalt und die linke Verwahrlosung in unserer Stadt. Die Abstimmung darüber wird zeigen, auf welcher Seite die Unterstützer und Verherrlicher von Gewalt in unserer Stadt sitzen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Das Postulat suggeriert, dass die Stadtpolizei bei Demonstrationen und Krawallen nicht eingreift. Das ist falsch. Bei unbewilligten Kundgebungen oder Demonstrationen handelt die Stadtpolizei gemäss dem Grundauftrag des Polizeigesetzes. Sie ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verpflichtet. Dabei werden je nach Verlauf des Einsatzes und unter Anwendung der verfassungsmässig garantierten Verhältnismässigkeit Personen, die verdächtigt werden, ein Vergehen oder ein Verbrechen verübt zu haben, angehalten, kontrolliert oder allenfalls verhaftet. Was aber zutrifft, ist Folgendes: Die Stadtpolizei muss sich bei jedem Eingriff die Frage der Rechtsgüterabwägung und vor allem der Verhältnismässigkeit stellen. Das ist gut so. Für Sanktionen von Straftaten sind die Staatsanwaltschaft sowie die Gerichte des Kantons Zürich und nicht die Stadtpolizei zuständig. Wenn jetzt nach härteren Strafen gerufen wird, müsste man sich allenfalls dort melden und vorstellig werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Johann Widmer (SVP) spricht davon, Demonstrationen wie*



3 / 4

den 1. Mai abzusagen, weil man am Rande der 1. Mai-Demonstration mit Gewalt rechnet. Ich erinnere an zwei Bezirksratsurteile, bei denen der Stadtrat den «Marsch fürs Läbe» wegen der Gegendemonstrationen abgesagt hatte. Es war unter anderem die SVP, die fragte, wie sich der Stadtrat anmassen könne, die Demonstration mit der Begrünung der nur indirekt an die Veranstaltung gebundenen Gewalt abzusagen. Wir müssen uns gut überlegen, welches Potential zur politischen Meinungsbildung die Stadt hat. Wir beschwerten uns immer wieder, dass die politische Teilhabe zu schwach sei und dass die Menschen nicht wählen und abstimmen. Heute wird gefordert, Demonstrationen vorsorglich abzusagen. Demonstrationen vorsorglich zu verbieten, wäre aber ein riesiges Demokratiedefizit – egal von welcher Seite oder Richtung die Demonstration kommt. Von mir aus dürfen an den Demonstrationen Menschen mit schwarzen Kleidern oder Regierungsräte mitlaufen, das ist mir egal. Wir müssen aber dafür sorgen, dass die Stadt auch während Demonstrationen weiter funktioniert und die Auswirkungen für Dritte so gering wie möglich sind. Mit dem vorsorglichen Verboten befinden wir uns nichtsdestotrotz auf einem Pfad, den ich nicht nachvollziehen kann.

Andreas Egli (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Im vorliegenden Postulat wird der Stadtrat aufgefordert, zu prüfen, wie man mit gewalttätigen Demonstrationen und Krawallen umgehen soll. Die SVP hat das Postulat textlich so gestaltet, dass es für die Presse sehr interessant ist. Heute gilt es aber, die Forderung in Ruhe und in einer vernünftigen Sprache zu betrachten, um eine praktikable Lösung zu finden. Von Seiten der FDP sind wir klar der Meinung, dass Straftäter, namentlich auch solche, die ihre Meinungsäusserung mittels strafbarer Handlung im Schutz von Demonstrationen zu zelebrieren versuchen, arretiert und der Justiz zugeführt werden sollten. Dazu muss die Polizei aber nicht härter, sondern allenfalls gezielter vorgehen. Die Frage ist, ob der Stadtrat dies will. Will er das nicht, dann bringt auch ein Bericht nichts. Deshalb stellen wir folgenden Textänderungsantrag: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei Demonstrationen und Krawallen, bei denen es zu gewalttätigen Eskalationen und/oder Sachbeschädigungen kommt, Täterinnen und Täter nach geltendem Recht vermehrt arretiert und bestraft werden können.» Den letzten Satz kann man streichen, weil man nicht zwingend härter durchgreifen muss.*

Derek Richter (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Die SVP nimmt den Textänderungsantrag der FDP gerne an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei Demonstrationen und Krawallen, bei denen es zu gewalttätigen Eskalationen und/oder Sachbeschädigungen kommt, ~~härter durchgegriffen werden kann.~~ Täterinnen, Täter ~~und/oder Vermummte sollen~~ nach geltendem Recht vermehrt arretiert und bestraft werden können. In einem Bericht soll der Stadtrat aufzeigen, wie er gedenkt, dies umzusetzen.

Das geänderte Postulat wird mit 38 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat